

# Die „Psychologische Verteidigung“ der Bundeswehr bis 1990

von Martin Kirsch

## Der Kampf gegen die DDR und die BRD-Opposition mit Flugblattballons, Radiosendern, Briefzensur, Spitzeln und Tarnorganisationen

Die „Psychologische Kampfführung“ (PSK) – später „Psychologische Verteidigung“ (PSV) – waren Gliederungen der Bundeswehr, die weitestgehend im Verborgenen mit Flugblättern, Radiosendern, Tarnorganisationen, Spitzeln und Briefzensur einen heißen Propagandakrieg gegen die DDR führten. *„Faktisch waren die PSK-Kompanien damit die einzigen Truppenteile, die im Frieden dasselbe taten wie im Ernstfall auch: Informationen, die Soldaten wie Zivilisten der anderen Seite beeinflussen sollten, gezielt auf Feindgebiet zu verbringen.“* (Schindelbeck S. 217)

Dabei beschränkten sich die ProtagonistInnen der PSK/PSV, die größtenteils einer gefestigten antikommunistischen Ideologie anhängen, nicht auf den „Feind im Osten“. Um die Wehrbereitschaft der westdeutschen Bevölkerung herzustellen und vermeintliche oder reale Feinde der Bundeswehr und der NATO auf Linie zu bringen oder ins gesellschaftliche Abseits zu drängen, wurden in Geheimdienstmanier Informationen gesammelt und ausgewertet. Mit diesen Informationen wurde ein Apparat gefüttert, dessen Aufgabe es war, offen und verdeckt im Sinne der Bundeswehr propagandistisch auch auf die Bevölkerung der BRD einzuwirken.

Trotz der politischen Brisanz des heißen Propagandakriegs der PSK/PSV sowie deren höchst fragwürdigen Aktivitäten im Inland finden sich bislang nur wenige aktuelle wissenschaftliche Arbeiten, die mehr als einen kleinen Ausschnitt dieses Geschehens bearbeiten. Zu den zentralen Quellen der vorliegenden Studie gehört eine Dissertationsschrift von Dirk Drews aus dem Jahr 2006. Diese liefert zwar einen guten Überblick und hält viele Fakten bereit, der Autor steht allerdings durch Interviews mit und Kontakten zu ehemaligen Akteuren der Bundeswehr zu nah am Forschungsfeld, um eine kritische Perspektive zu entwickeln. Dirk Schindelbeck und Eva Bliembach liefern in einem Sammelband zur Propaganda in Deutschland aus dem Jahr 1996 kurze, aber sehr informative Beiträge. Karl Heinz Roth, durch die Rowohlts-Affäre selbst Betroffener der Ereignisse, ist Herausgeber eines Bandes zur Psychologischen Kampfführung. Dieser zeichnet neben der Aufarbeitung diverser Geheimdokumente bereits 1971 Teile der späteren Entwicklungen vor. Aussagen von Zeitzeugen sind zu großen Teilen dem Dokumentarfilm „Gesteuerte Demokratie?“ aus dem Jahr 2006 von Steven Hutchings und einem SWR 2-Radiobeitrag von Thomas Moser aus dem Jahr 2007 entnommen.

## Die Anfänge der Psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr

Psychologische Operationen zur Beeinflussung des Gegners durch Propaganda und Fehlinformationen gewannen seit dem 2. Weltkrieg als Teil moderner Kriegsführung zunehmend an Bedeutung. Bereits Ende der 1940er Jahre war der Antikommunismus der Adenauer-Ära,<sup>1</sup> als Teil der sich verstärkenden Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, Grundpfeiler der Entstehung der

GASTBEITRAG

Bundeswehr. Mit einem plumpen Bedrohungsszenario nach dem Muster „Asien steht an der Elbe“ (Bald S. 20) wurde die Westanbindung der jungen BRD und die Notwendigkeit der „Selbstverteidigung“ gegen „den Bolschewismus“ begründet.

*„Während der Londoner Außenministerkonferenz im Mai 1950 wurde ein gemeinsames antikommunistisches Aufklärungsprogramm für Osteuropa und die DDR beschlossen. Vor allem Flugblattaktionen und die Errichtung starker Sender wurden geplant.“* (Bliembach S. 236)

Um einen eigenen Beitrag zu diesem Programm leisten zu können, war die Aufstellung einer Einheit für psychologische Operationen unter dem Stichwort Psychologische Verteidigung bereits vor der Gründung der Bundeswehr im Gespräch. Ohne auf die noch zu gründende Armee zu warten, wurden ab 1951 (u.a. durch das Ost-Büro der SPD) Ballons zur Verteilung von Flugblättern an BürgerInnen der DDR genutzt. Aber auch diverse Vereine wie der „Zentralverband Sowjetischer Emigranten“ und die „Kampagne gegen Unmenschlichkeit“ nutzten diese Methode. Aufgaben, die von Deutschen nicht übernommen werden konnten, übernahmen in der BRD stationierte US-AkteurInnen. Nach einer langjährigen Auseinandersetzung über die Wiederbewaffnung Deutschlands mit den ersten Großdemonstrationen der BRD – deren Niederschlagung erschossene Demonstranten in Essen zurück ließ und dem das Verbot der KPD in Westdeutschland, die sich aktiv an einer verbotenen Volksabstimmung gegen die Wiederbewaffnung beteiligt hatte, folgte – wurde im November 1956 die Bundeswehr gegründet.

Bereits 1957, ein Jahr nach der formalen Gründung der Bundeswehr, wurden konkrete Pläne für eine Einheit für Psychologische Kampfführung (PSK) geschmiedet und ein Referat PSK im Führungsstab des Verteidigungsministeriums eingerichtet. Nach einer Presseoffensive des damaligen Verteidigungsministers Franz Joseph Strauß im Jahr 1958, die sich gegen den „aggressiven Weltkommunismus“ richtete, wurden die Pläne konkretisiert. Strauß sah die PSK-Einheiten als elementaren Bestandteil seiner antikommunistischen Strategie, um den Einfluss von DDR und Sowjetunion auf die Bevölkerung der BRD zurückzudrängen und ein klares Bekenntnis zu NATO und Bundeswehr in Westdeutschland durchzusetzen. Eine nicht weiter benannte Person aus dem Strauß-Ministerium gab dem Spiegel 1958 zu verstehen: *„Der psychologische Angriff ist der Krieg der Gegenwart, die psychologische Verteidigung die Forderung der Stunde, die psychologische Kampfführung derjenige Teil der militärischen Aufgaben, dessen Rüstungselemente heute schon für den sofortigen Einsatz benötigt werden.“* (o.A. Der Spiegel 39/1958)

In dieser Phase wurden Verteidigungsminister Strauß und das Referat PSK von Eberhard Taubert beraten, der zuvor schon im Gesamtdeutschen Ministerium tätig war. Vor 1945 war Taubert als leitender Propagandist des NS-Regimes aktiv und gilt als Autor des Drehbuchs zum antisemitischen Film „Der ewige Jude“.<sup>2</sup> Sein Einfluss wurde später von Köpfen der PSK/PSV geleugnet, oder aber seine Rehabilitierung mit der Begründung versucht, er sei „an erster Stelle leidenschaftlicher Antikommunist“ gewesen. (Schimmeck S. 6f)

## Lautsprecher-, Flugblatt- und Radiokompanien

Als Folge der Initiative von Strauß wurde am 1.10.1959 die Lautsprecher- und Flugblattkompanie 983 der Bundeswehr auf-



*Radio Andernach im Afghanistaneinsatz Foto:Rafoss/Wikipedia 2007.*

gestellt. Dabei wurden zunächst aus den drei Truppenteilen Heer, Luftwaffe und Marine Personen ausgewählt, die durch vorherige Ausbildungen oder anderweitige Vorkenntnisse die benötigten Fähigkeiten mitbrachten. Die erste Unterbringung der Truppe befand sich passend zu ihrem geheimen Auftrag in einem angemieteten Hotel im Westerwald. Bereits am 4.11.1959 wurde von Verteidigungsminister Strauß die Aufstellung der Radio-Kompanie 993 angeordnet. Mit diesen neugegründeten Einheiten konnten die damals gewünschten Aufgaben der Flugblätterstellung und Verteilung, der Propaganda via Lautsprecher, sowie das Erstellen und Senden von Radioprogrammen abgedeckt werden.

Wie schon während der Gründung gab es in der Ausbildungs- und Beschaffungsphase einen regen Austausch mit der US Army. Regelmäßige Besuche bei der „5<sup>th</sup> Loudspeaker and Leaflet Company“ in Böblingen halfen der neuen Truppe zwischen 1960 und 1962 auf die Beine. Trotz Schwierigkeiten bei der Materialbeschaffung standen den Einheiten bereits 1960 eine Druckmaschine, ein mobiler Sendemast sowie Lautsprecher aus Bundeswehrbeständen zur Verfügung. Neben der Erprobung weiterer Verbreitungsmethoden wie einem Flugblatttraketwerfer<sup>3</sup> waren die Flugblattballons das Mittel der Wahl für die ersten Einsätze.<sup>4</sup>

### **Lehrgruppe PSK**

Bereits 1959 wurden erste Offiziere und „zivile“ WissenschaftlerInnen durch das Verteidigungsministerium damit beauftragt, eine Forschungs- und Lehrereinrichtung für Psychologische Kampfführung aufzubauen. Ziel war es, Führungskräfte der Bundeswehr über die Möglichkeiten der PSK zu unterrichten und SpezialistInnen für die PSK-Einheiten auszubilden. Dabei sollten sechs Offiziere und sechs WissenschaftlerInnen<sup>5</sup> die Basis der Lehrgruppe stellen. Am 9. Oktober 1961 nahm die „Lehrgruppe PSK“ in einem Hotel in Rheinbach ihre Arbeit auf. Als

Schulungsorte dienten auch Gasthäuser in der Region um Bonn. Neben Soldaten wurden bereits in den ersten Tagen auch ZivilistInnen, aus Organisationen die der Bundeswehr nahe standen, dort geschult. Alle LehrgangsteilnehmerInnen wurden zu MultiplikatorInnen der PSK/PSV ausgebildet. Sie sollten propagandistische Angriffe auf BRD und Bundeswehr erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen beherrschen, sowie die sicherheitspolitische Diskussion mit der Bevölkerung suchen. Unter dem Stichwort Psychologische Rüstung (PSR) als ergänzende Aufgabe zwischen Innerer Führung und Psychologischer Kampfführung (PSK) sollten auch innerhalb der Bundeswehr die Zustimmung zur Verteidigungspolitik und die Abwehr von gegnerischer Propaganda durchgesetzt werden. Unter der Regierung Brandt wurden Bundeswehrangehörige 1970 als Zielgruppe der PSV offiziell ausgeschlossen, was jedoch nie konsequent umgesetzt wurde. Ein Beispiel hierfür ist der Soldatensender Radio Andernach, der seit 1975 bis heute Bundeswehrangehörige im Einsatz beschallt.

Im Lehrbereich der nach der Aufbauphase in Euskirchen angesiedelten PSK/PSV-Schule wurden pro Jahr durchschnittlich zwischen 800 und 1000 Personen in rund 40 Lehrgängen mit einer Dauer von je vier bis 40 Tagen unterrichtet. Dabei wurden Vorträge, Seminare, Gruppenarbeiten, Planspiele und Diskussionsübungen eingesetzt. Die Lehre der PSK/PSV-Schule richtete sich dabei an fünf Zielgruppen: Lehrgänge für **Führungskräfte der Bundeswehr** sollten vermitteln, wie der Zusammenhalt in der eigenen Truppe bereits im Frieden zu stärken sei, wie GegnerInnen mit psychologischen Mitteln bekämpft werden können und wie „die Bevölkerung im Kampfgebiet im Sinne des eigenen Auftrags beeinflusst werden“ könne. „Die PSK/PSV-Schule war in der Bundesrepublik zeitweise die einzige Schule, die sich mit dem Verhalten der Zivilbevölkerung in Krise und Verteidigungsfall befasste.“ (Drews S. 160)

In Informationslehrgängen für **Offiziere verbündeter und befreundeter Staaten**, die zweimal jährlich stattfanden, ging



Verteidigungsminister Franz Josef Strauß bei Militärmanöver  
Foto: Atwood/Wikipedia 1960.

es vor allem um einen internationalen Austausch. Laufbahnlehrgänge der **PSK/PSV-Truppe** dienten der Eignungsfeststellung und der Vorbereitung auf anstehende Beförderungen. Die Verwendungslehrgänge stellten den eigentlichen Kern der Ausbildung für die PSK/PSV-Truppe dar. Nach dem Durchlaufen von Grundlehrgängen, die vor allem politisch/ideologisch ausgerichtet waren, wurden die Verwendungslehrgänge in den vier Gruppen Lageauswertung, Druck, Hörfunk und Lautsprecher abgehalten, um inhaltliches und technisches Wissen der Spezialgebiete zu vermitteln.<sup>6</sup>

Die 1969 ausschließlich für **Jugendoffiziere** konzipierten Seminare für Diskussionstechnik und Argumentation sollten Grundlagen der verbalen Auseinandersetzung mit „bundeswehrkritischen Standpunkten“ und „bundeswehrfeindlichen Gruppen“ vermitteln.<sup>7</sup> In einem kritischen Kommentar des WDR 1989 heißt es dazu: „Hier werden Soldaten geschult, wie sie in friedenspolitische Denkstrukturen eindringen und primitive Bedrohungsängste am Leben halten können.“ (Westdeutscher Rundfunk 3, 1989, zitiert nach Drews S. 162)

Für **zivile TeilnehmerInnen** der PSK/PSV-Schule wurden Informationslehrgänge abgehalten, die Personen u.a. aus den Bereichen Politik, Wissenschaft, Bundes- und Landesbehörden, Verwaltung, Gewerkschaften und Presse zu MultiplikatorInnen im Sinne der PSK/PSV schulen sollten. Eine zentrale Rolle spielte auch hier der Umgang mit „bundeswehrkritischen“ und „bundeswehrfeindlichen“ Gruppen.

### Studiengesellschaft für Zeitprobleme

Die 1961 gegründete Studiengesellschaft für Zeitprobleme e.V. war eine Tarnorganisation der PSK/PSV. Im Auftrag des Verteidigungsministeriums (BMVg) versuchte sie die Bevölkerung der

BRD, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene, im Sinne der „Verteidigungsbereitschaft“ mittels Publikationen und Seminaren zu beeinflussen. Aber auch direkte PSK/PSV-Aktionen gegen die DDR wurden über die Studiengesellschaft abgewickelt. Die Vereinsspitze sowie die Mitglieder wurden direkt aus dem Referat PSK/PSV im BMVg und einem ihm nahe stehenden Personenkreis rekrutiert. Dabei kamen die finanziellen Mittel immer direkt aus dem Ministerium. In den Jahren 1981 bis 1988 beliefen sich die Mittel laut Bundesregierung auf rund eine Million Deutsche Mark pro Jahr. (Deutscher Bundestag Drucksache 11/4360) In den Anfangsjahren beschränkten sich die Tätigkeiten dabei vor allem auf interne Seminare und Publikationen, die sich an handverlesene Studierende<sup>8</sup> richteten und vor allem auf Wissensvermittlung über den Kommunismus im Sinne der PSK/PSV ausgerichtet waren. Vergleichbar mit den PSK/PSV-Schulungseinrichtungen wurde das Ziel verfolgt, MultiplikatorInnen zu finden und auszubilden, die die Weltanschauung der PSK/PSV in der Gesellschaft vertraten. Dabei sollten Netzwerke von bundeswehrrahmen Studierenden als Gegenpole zu rechts- sowie vor allem linksradikalen Gruppen in der Studierendenschaft aufgebaut werden.

### Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen

Die Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen e.V. (DGfSB) war eine Anfang 1963 gegründete „zivile“ Organisation, die durch das Referat für PSK/PSV aus dem Verteidigungsministerium heraus gesteuert wurde. Zentrale Aufgabe war die Integrationshilfe für geflüchtete Uniformträger der DDR in die westdeutsche Gesellschaft.

Der Vereinsgründung 1963 war die Erkenntnis vorausgegangen, dass in den Jahren 1960 bis 1962 rund 36% der geflüchteten NVA-Soldaten und Volkspolizisten trotz einer bevorstehenden Gefängnisstrafe in die DDR zurückkehrten. Nachdem in einer Besprechung im Bundeskanzleramt die relevanten Geheimdienste (BND und VS) und mehrere Ministerien die Zuständigkeit für diese spezielle Flüchtlingsgruppe ablehnten, wurde die Problemlösung in die Verantwortung des Verteidigungsministeriums gestellt. Neben dem moralischen wie propagandistischen Misserfolg wurde die Rückkehr von geflüchteten Uniformträgern in die DDR auch als Sicherheitsproblem gesehen. Eine Integration dieser Flüchtlingsgruppe hingegen konnte für eigene Informationsbeschaffung und Propaganda, u.a. der PSK/PSV, genutzt werden und sollte die Betroffenen festigen, um dem befürchteten Druck der Staatssicherheit, die auch in der BRD agierte, Stand zu halten. Der 1963 mit Hilfe diverser Umwege zur Geheimhaltung gegründete Verein wurde von Bundeswehroffizieren, Mitgliedern des Bundestages, MitarbeiterInnen des Familienministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen sowie weiteren handverlesenen Mitgliedern betrieben. Den Vorsitz des Vereins übernahm zumeist die/der jeweilige ReferatsleiterIn PSK/PSV im BMVg, um den direkten Auftrag aus dem Ministerium umzusetzen.

Für die konkrete Betreuungsarbeit, die bereits im Sommer 1963 begonnen wurde, waren angestellte AußendienstmitarbeiterInnen zuständig. Deren Aufgabe war es, ihre „Zielpersonen“ ab dem ersten Schritt im Aufnahmelaager über die Arbeitssuche bis zu einer gefestigten gesellschaftlichen Position in der BRD zu begleiten. Ihre Mittel waren Vorortbesuche und Gespräche, regelmäßiger Briefkontakt, „aufklärende“ und unterstützende Broschüren sowie kleinere Geldbeträge und Darlehen. Zentrale Schwierigkeiten der gesteuerten Integration waren Probleme bei der Arbeits- und Wohnungssuche, Identitätskonflikte und Anpas-

sungsprobleme in einer stärker durch Konkurrenz geprägten Gesellschaft und der damit einhergehende Verlust von Privilegien, fehlender familiärer und sozialer Rückhalt sowie Heimweh. (Drews S. 263ff) Die gesamte Finanzierung der DGfSB wurde von Bundesministerien, Geheimdiensten und Institutionen der Bundesländer übernommen und belief sich auf durchschnittlich 450.000 DM pro Jahr.

### Propagandaeinsätze von 1961 bis 1972

Mit dem Mauerbau und dem Schießbefehl im Jahr 1961 verschärften sich die Spannungen zwischen BRD und DDR zusehends. In diesem Klima wurde die Einsatzfähigkeit der PSK massiv vorangetrieben. Ein Grundsatzbefehl aus dem BMVg zur Durchführung von Flugblattballoneinsätzen wurde im Herbst 1961 mit Billigung aller im Bundestag vertretenen Parteien erteilt. Dabei sollte Propagandaeinsätze aus dem Osten<sup>9</sup> offensiv begegnet werden und NVA-Angehörige, im speziellen die Grenztruppen, mit Gegeninformationen zur DDR-Wehrerziehung versorgt werden. Erste Ballons der PSK-Truppe überquerten im Winter 1961 die Grenze zur DDR und warfen dort Flugblätter ab. (Drews S. 189)

Bald wurde die PSK auf drei Kompanien mit je einem Ballonzug, einem Lautsprecherzug und einem Flugblattraketenzug ausgebaut, die in Münster, Koblenz und Ulm stationiert waren.<sup>10</sup> Die Radio-Kompanie, mit mobilen Sendeanlagen und redaktionellen Fähigkeiten ausgestattet, wurde nach einem Jahr nach Andernach verlegt.<sup>11</sup> Der PSK-Rundfunk kam allerdings nur im Sommer 1962 und 1963 jeweils wenige Tage lang aktiv gegen die DDR zum Einsatz und strahlte in den Nachtstunden Hörfunksendungen für NVA-Angehörige aus. Das unter extremer Geheimhaltung gegründete PSK-Sendebataillon war angeblich bereits 1965 besser als die US Vorbilder ausgerüstet. Die Weiterentwicklung hatte hohe Priorität, da das PSK-Sendebataillon auch als „Notstandssender“ für den Fall einer Invasion oder innerer Unruhen eingeplant war.

Für die Flugblattverschickungen, die von Beginn an zum Einsatz kamen, bauten die Ballonzüge der PSK temporäre Lager in Wäldern in der Nähe zur Grenze auf, die günstig gelegen waren, um die Wasserstoffballons mit den häufigen Westwinden in die ausgewählten Zielgebiete der DDR zu tragen und dort per mechanischem Zeitauslöser die brisante Last abzuwerfen.<sup>12</sup> Dabei konnten in einer Nacht bis zu 300 Ballons mit über einer Tonne Propagandamaterial verschickt werden. Die für jeden Einsatz extra zur Verschwiegenheit verpflichteten Soldaten wurden angewiesen, neben der Uniform immer auch Zivilkleidung auf die Einsätze mitzunehmen, um nicht unnötig aufzufallen. Für die jeweiligen PSK-Einheiten wurden Tarnnamen genutzt, um die Aktivitäten zu verschleiern.

Zu Beginn wurden bei diesen Einsätzen vor allem kleine Flugblätter mit einfachen Parolen in die Regionen kurz hinter der Grenze verbracht.<sup>13</sup> Mit der Zeit verfeinerten die PSK-Einheiten ihre Fähigkeiten auf redaktioneller und technischer Ebene. So wurden aus einfachen Parolen-Zetteln ausgeklügelte Zeitungen für ausgewählte Zielgruppen sowie ganze Bücher im Taschen-



Flugblattrakte MGR-1 bei einer Bundeswehrparade auf dem Nürburgring 1969. Foto: Bundesarchiv, B 145 Bild-F029235-0024 / Schaack, Lothar.

format, die zumeist in grenznahen Gebieten in Mecklenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen, aber auch während der Leipziger Messe im Stadtgebiet in die Lüfte verteilt werden konnten.

Die Inhalte der Flugschriften variierten von Parolen gegen den Schießbefehl über plakative Postkarten zur Reisefreiheit und Warenvielfalt im Westen (sogar mit einfachen Kopien von Seiten aus Neckermann-Katalogen) bis hin zu Beschreibungen von geglückten Fluchtversuchen, Hinweisen über Möglichkeiten, den Schießbefehl „praktisch zu verweigern“ (Drews S. 415) sowie ganzen Zeitungen, die in einer Vielzahl von Artikeln Ereignisse des Zeitgeschehens bewerteten und der PSK-Linie entsprechende Lesarten propagierten. Dabei wurden neben bundeswehreigenen Propagandaerzeugnissen auch Auftragsarbeiten, beispielsweise von der CDU, versandt.<sup>14</sup>

Unterstützung bei ihren Propagandamissionen erhielt die PSK-Truppe nicht nur von staatlichen Stellen. So gab es ZivilistInnen, zumeist unter Führung von Reserveoffizieren, die der PSK-Truppe bei den Balloneinsätzen mit dem Anliefern von Flugblättern oder dem dringend benötigten Wasserstoff für die Befüllung der Ballons tatkräftig halfen. Bereits in den Anfangsjahren 1957/58 wurden von den zuständigen ReferatsleiterInnen im Verteidigungsministerium „zivile“ SozialwissenschaftlerInnen angeheuert und Kontakte zu Ex-Offizieren der Wehrmacht geknüpft, die Verlage oder weitere Firmen im Bereich Medien und PR führten. Diese Verbindungen konnten genutzt werden, um erste Druckerzeugnisse zu erstellen, ohne unnötiges Aufsehen zu erregen.

Proklamiertes Leitbild der PSK/PSV-Propaganda war u.a. „Empathie“ gegenüber den Menschen der DDR und „Glaubwürdigkeit“, also die Verwendung von nachprüfbaren Informationen. (Drews S. 240) Eine strikt antikommunistische Grundeinstellung und die Verwendung von Informationen mit der Intention der „Umerziehung“ machte es allerdings unmöglich, diesen vermeintlichen Idealen gerecht zu werden.<sup>15</sup> In den ersten Jahren wurde dem Grundsatz der Empathie teilweise besonders drastisch widersprochen. So gibt es beispielsweise ein PSK-Flugblatt zu Ausbildungszwecken aus den frühen 60er Jahren mit der Abbildung eines kopflosen Soldaten und dem Text „Du wirst zermalmt“, das mit der Atombombe droht. (Hutchings Min. 6'10) Sogenannte graue Propaganda, also die Verschleierung der Herkunft einer Information, und sogenannte schwarze Propaganda, also bewusste Lügen und Täuschungen, kamen zum Einsatz.



Zur Erlangung einer Einschätzung der Wirkung der Einsätze der PSK beinhalteten ausgewählte Flugschriften ab 1962 die Bitte, eine anonymisierte Antwort via Post an eigens vom MAD eingerichtete Briefkästen zu senden. Diese Bitte wurde auch in das Programm der sporadisch ausgestrahlten Radiosendungen der PSK integriert. Weitere Quelle waren die aus der DDR geflüchteten Uniform- und FunktionsträgerInnen, die u.a. von PSK-SoldatenInnen befragt wurden, sowie die Analyse von Veröffentlichungen der NVA zu für die PSK relevanten Themen. Bei diesen Auswertungen gingen die Verantwortlichen von einer recht hohen Wirksamkeit ihrer Aktivitäten aus.<sup>16</sup> (Schindelbeck S. 212ff und S. 225) Dabei ist allerdings zu beachten, dass die PSK/PSV auf Finanzierung und damit auf Erfolge angewiesen waren.

Neben den Aktivitäten der direkten Propaganda waren auch Maßnahmen gegen die Propaganda der NVA in der BRD Teil des Geschäfts der PSK/PSV. So wurden in „Zoll und Devisen Verbringungsstellen“ in Hof, in Hamburg und Hannover seit Anfang der 1960er Jahre sämtliche Postsendungen aus der DDR und dem Ostblock von GeheimdienstspezialistInnen aus dem Bundesnachrichtendienst unter die Lupe genommen. Bei Verdacht wurde die Post aussortiert, um dann PSK-Soldaten vorgelegt zu werden. Offizielles Ziel war es, Briefe aus dem Verkehr zu ziehen, die von DDR-Institutionen verschickt wurden, um Unruhe in der Bundeswehr und den Familien der Soldaten zu stiften. Der damalige PSK-Soldat und Zeitzeuge Thomas Mielke führt dies aus:

*„Ich bin stutzig geworden nach einem oder zwei Jahren, als ich plötzlich einen Brief an meinen eigenen Schwiegervater in der Hand hielt, der stellvertretender Bürgermeister irgendwo war im Westfälischen. [...] Und wie viele Briefe da einfach nur aus Schludrigkeit oder aus Eigenmächtigkeit gegen jedes Gesetz einfach entsorgt worden sind, das sind Millionen gewesen pro Monat, Millionen.“ (Moser S. 4)*

### Öffentliche Kritik

Der Stern und weitere Printmedien beichteten ab 1964 erstmals über die Existenz der PSK und ihre Aufgaben, ohne dabei allerdings deren konkretes Vorgehen zu benennen. Im März 1965 wurden die Balloneinsätze der PSK durch einen Beitrag der Hessenschau öffentlich, nachdem fehlgeleitete Ballons inklusive Flugblättern rund um einen Kirmesplatz in der hessischen Provinz gelandet waren. Schon Ende 1964 hatte das Magazin einen Bericht über die Balloneinsätze senden wollen, die Ausstrahlung wurde allerdings unter Androhung einer Anklage wegen Landesverrats durch das BMVg verhindert. Daraufhin brachte die NDR-Sendung „panorama“ am 26.4.1965 trotz Einschüchterungsversuchen einen Beitrag, der die Bundeswehr als Quelle der Flugblätter benannte. Dies zog weitere Presseberichte und eine Bundestagsdebatte nach sich. Einzige Konsequenz aus dieser Affäre, in der das BMVg keinen schlüssigen Grund für die Flugblattverteilung liefern konnte, war die Beendigung der Ballonstarts in Hessen nach einem Verbot des amtierenden SPD-Innenministers. Zu diesem Zeitpunkt hatten die PSK-Einheiten bereits rund 100 Millionen Flugschriften über der DDR abgeworfen. In Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein gingen die Einsätze ungestört weiter. Abgesehen von dem Vorfall in Hessen war es den politischen Eliten über Partei- und Landesgrenzen hinweg möglich, die Unterstützung der PSK durch Bundesgrenzschutz, Zoll, Landespolizeien und weitere Institutionen zu organisieren und weitestgehend geheim zu halten. Die Aktivitäten des PSK-Rundfunkbataillons in Andernach wurden im Februar 1966 zwar ausführlich im Spiegel besprochen, während der Einsätze zuvor kam eine Berichterstattung allerdings über vier Jahre nicht

zustande, weil die JournalistInnen mit dem Verweis auf Staatsgeheimnisse abgeblockt wurden. (o.A. Der Spiegel 7/1966)<sup>17</sup>

Ein für die PSK unangenehmes Kapitel in der Zusammenarbeit mit „zivilen“ Verlagen und Medienmachern bildet die so genannte Rowohl-Affäre im Herbst 1969. Nachdem linke VerlegerInnen und AutorInnen aus dem Hause mitbekamen, dass Minitaschenbücher für die Balloneinsätze des Verteidigungsministeriums in ihrem Haus gedruckt wurden, gab es einen internen und medialen Aufschrei. Karl Heinz Roth, der zuvor bei Rowohl unter Vertrag stand, gab daraufhin 1971 das Buch „Invasionsziel: DDR“ heraus, das sich mit den Aktivitäten der PSK und der Ostpolitik der BRD, sowie der inneren Repression gegen die Studentenbewegung ab 1967 beschäftigt. (Schindelbeck S. 216 und Neumann S. 7ff)

Im Sinne der Entspannungspolitik und aufgrund schwindenden Rückhalts für die Einsätze der PSK fand 1970 nach Anordnung von Verteidigungsminister Helmut Schmidt eine Umbenennung statt. Das „K“ für Kampfführung wurde durch ein „V“ für Verteidigung ersetzt, um den vermeintlichen Defensivcharakter der Einheiten zu unterstreichen. Mit der Umbenennung 1970 wurden die Truppenteile im Herbst auch örtlich umgruppiert. So entstanden aus den vorigen Kompanien der PSK-Truppe zwei PSV-Bataillone in Clausthal-Zellerfeld im Harz und in Andernach mit etwa deckungsgleichen Fähigkeiten im gesamten Aufgabenspektrum.

Schon in den Vorgesprächen zum Grundlagenvertrag<sup>18</sup> 1972 einigten sich die Unterhändler Egon Bahr (BRD) und Michael Kohl (DDR) darauf, die Beeinflussung der Bevölkerung der Gegenseite zu unterlassen. So wurden die Balloneinsätze im Juni 1972 nach einer letzten Propagandaoffensive eingestellt. Mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages am 21.12.1972 war die Zeit der offensiven Propagandaeinsätze gegen die DDR vorüber. Über die während der heißen Phase in der DDR verhafteten PSK-Soldaten und auch über angebliche Todesopfer in ihren Reihen wurde und wird bis heute aus Geheimhaltungsgründen geschwiegen.

Nach dieser Wende der Außenpolitik der BRD verloren die Ballonzüge der PSV, aber auch die Redaktions- und Drucksparte plötzlich ihren Auftrag. Dies hinderte den restlichen Apparat der PSV aber nicht daran, sich weitere Aufgabenfelder zu suchen oder bereits angelaufene Projekte zu vertiefen.

### Vom äußeren zum inneren Feind: Umstrukturierung 1972 bis 1989

Die Vereinbarungen des Grundlagenvertrages wurden in Teilen der Bundeswehr stark kritisiert, da davon ausgegangen wurde, dass die BRD ihre Einflussmöglichkeiten auf die NVA eingebüßt hätte, während von der DDR gesteuerte kommunistische Aktivitäten gegen die Bundeswehr jetzt nach Westdeutschland verlagert werden würden. (Drews S. 223f)

Bereits seit 1964 wurde in Bundeswehrkreisen, neben der eigenen verdeckten Kriegsführung, über einen möglichen verdeckten Krieg des Warschauer Pakts in der BRD und dessen Abwehr diskutiert. Pläne für den „inneren Notstand“ wurden geschmiedet und eine Kooperation von Bundeswehr und „ziviler Verteidigung“ – sprich Polizei und Behörden – geplant. Mit der Neuen Linken, die sich ab 1967/68 aus der Studentenbewegung entwickelte, bekam diese Debatte neuen Zündstoff. Die Notstandsgesetzgebung und Repression nach innen folgten und verschärften sich mit dem Aufkommen von bewaffneten Gruppen Anfang der 1970er massiv.



Moderne US-Army Flugblattverteilung in Herat Afghanistan. Foto: ISAF /Laurie L. Wood

Unter diesen Vorzeichen verlagerte sich der Schwerpunkt der PSV-Arbeit zusehends in den Bereich der Informationsbeschaffung und Propaganda innerhalb der BRD. Die Kapazitäten der PSV-Printmedien wurden jetzt bei Übungen von Großverbänden eingesetzt, um die betroffene Bevölkerung zu informieren, aber auch, um Feldzeitungen für die übende Truppe zu erstellen oder um bundeswehrinterne Informationsblätter sowie Werbung zu drucken und die Truppe damit für den Ernstfall fit zu halten.

Was den Bereich des Hörfunks anging, wurde das Training mittels Einsätzen bei Großübungen, aber auch als technische Unterstützung für die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten sowie die US-Army aufrechterhalten.

„Ein besonderes Übungsvorhaben war für das Andernacher Bataillon der halbjährige Unterstützungseinsatz bei den Olympischen Sommerspielen 1972 in München. In Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk produzierte die Rundfunkkompanie für akkreditierte Journalisten der Olympischen Spiele Programmbeiträge.“ (Drews 2006 S. 226)

In den 1970er und 1980er Jahren konzentrierten sich die Radiomacher der PSV auf den möglichen Spannungs- oder Verteidigungsfall. Dafür wurde Anfang der 1980er Jahre das Projekt „Radio Bundeswehr“ gestartet, das im Ernstfall via Rundfunk auf die SoldatInnen des Warschauer Paktes einwirken sollte. In der Zielvorstellung sollte es möglich sein, im 24-Stunden-Betrieb auf Deutsch, Russisch, Polnisch und Tschechisch senden zu können.<sup>19</sup> 1989 wurde das Projekt eingestellt. Im September 1987 produzierte die PSV während einer Großübung von rund 75.000 deutschen und französischen SoldatInnen in Süddeutschland das erste und einzige Mal Livesendungen, die als Begleitprogramm für SoldatInnen und Bevölkerung über den Bayrischen Rundfunk unter dem Namen „Oliv Aktuell“ öffentlich ausgestrahlt wurden. Dabei waren die Sendungen bis in Teile Frankreichs, Englands und der DDR zu hören. Der interne Truppenbetreuungssender „Radio Andernach“, der 1975 von der PSV für wenige Bundeswehrsoldaten in den USA und Kanada geschaffen wurde, verzeichnete bis 1990 stark wachsende Hörerzahlen. Bis heute laufen die Sendungen von „Radio Andernach“ in Einsatzgebieten der Bundeswehr rund um den Globus.

Das Einsatzmittel Lautsprecher der PSK/PSV stand schon vor 1972 im Schatten der anderen Sparten und wurde kaum aktiv gegen die DDR eingesetzt. Nach 1972 wurden die Lautsprecher-

kräfte neben der Übung für den Ernstfall auch während Manövern, bei öffentlichen Großveranstaltungen der Bundeswehr und bei Katastropheneinsätzen eingesetzt. Darüber hinaus wurden sie gegen Demonstrationen und Sitzblockaden im Bereich von Bundeswehranlagen verwendet. (Drews S. 233ff)

Um die „Feinde der Wehrbereitschaft“ im Inneren, die im Weltbild der PSK/PSV generell unter „Ostverdacht“ standen, im Blick zu behalten, hatte sich die PSK/PSV über die Jahre ein eigenes Netz zur Informationsbeschaffung aufgebaut. Über das Vorgehen Mitte der 1960er Jahre berichtet Zeitzeuge Mielke:

„Es gab die Ostermarschierer damals. Es gab also große Ängste [...], wenn da so 100 oder 1000 oder 3000 Leute auf irgendwelche Kasernen zumarschieren und für den Frieden waren. So, dann gab's also nur eine Möglichkeit: Wir mussten auch für den Frieden sein. Also was machten wir? Wir wurden Mitglied. Es gab also eine ganze Reihe von Soldaten, die dann bei der Friedensunion Mitglied wurden, in zivil natürlich. [ ] Wir waren letzten Endes Erfüllungsgehilfen des Verfassungsschutzes. Weil: die hatten keine jungen Leute. [...] Es geht ja sogar so weit, und das ist der extreme Fall, dass man bestimmten Leuten, wo am nächsten Tag eine Razzia sein sollte, oder mal ne Hausdurchsuchung und so, nachts noch was reingelegt hat, damit auch was gefunden wird.“ (Moser S. 4f)

Der perfide Auftrag zur Ausspähung wurde in den 70er und 80er Jahren noch ausgebaut. Die Dienstvorschrift „Zdv 1/200 VS-NfD Psychologische Verteidigung“ von 1983 (Hutchings Min. 8'50) teilte die gesamte Bevölkerung der BRD in folgende Kategorien ein:

- „Extremistische Gruppen“ und „Störergruppen“
- Zielgruppen mit „negativer Einstellung zur Wehrbereitschaft und zu Einzelproblemen der Verteidigung“
- sowie Gruppen, die „dem Wehrdienst indifferent gegenüberstehen“.

Im Raster der PSV waren folglich alle Menschen Gegenstand der Beobachtung und Überwachung, die sich nicht absolut kritiklos hinter die Bundeswehr stellten. Ein über die gesamte BRD verteiltes Netz von PSV-Offizieren in allen Wehrbereichskommandos, Territorialkommandos und Korps (Schimmeck S. 3) sammelte fleißig selbst Informationen oder bediente sich bei anderen Stellen. So durften laut Dienstvorschrift PSV-Stabsoffiziere „Erkenntnisse über Bevölkerungsgruppen“, die „bei ande-

ren Stabsabteilungen oder Dienststellen auffallen“ (Zdv 1/200 zitiert nach Hutchings Min. 8'51), einholen. Darunter sind der Militärische Abschirmdienst (MAD), der Bundesnachrichtendienst (BND), die Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern sowie weitere Geheimdienste zu verstehen. Der in der PSV-Truppe ausgebildete spätere Leiter der Zielgruppenanalyse der Operativen Information<sup>20</sup> Reinhard Dressler spricht von verdeckter Beobachtung von Veranstaltungen von BundeswehrgenauerInnen und nennt als Beispiele den Kommunistischen Bund Westdeutschland und die KPD/ML. (Hutchings Min. 8'21) Neben den Aktivitäten von K-Gruppen wurden anscheinend auch „Hochschulwahlergebnisse und GEW-Demonstrationen“, „Berater von Kriegsdienstverweigerern“, „Christen, Grüne, Wissenschaftler, Tieffluggegner und Weltbank-Kritiker“, sowie Medienberichte – z.B. eine „Sendereihe im TV-Programm des WDR“ (Schimmeck S. 3f) – beobachtet.

In den Jahren 1988/89 wurde die Notwendigkeit der Verteidigung gegen äußere Feinde in der westdeutschen Bevölkerung immer weniger gesehen. Dies erzeugte eine Identitätskrise der Bundeswehr, für die „der Feind im Osten“ sinnstiftendes Moment seit den Gründungstagen war. Gegen diese Entwicklung versuchte die PSV-Truppe noch 1989 anzutreten. Dabei lag der Schwerpunkt der Arbeit zu dieser Zeit längst zu zwei Dritteln im Inneren der BRD. MeinungsmultiplikatorInnen wurden als aktuelles Einsatzmittel im Gegensatz zu Lautsprecheransagen und Flugschriften gesehen. Gegenüber den regulären Truppenteilen der PSK/PSV kam dem intensiven Forschungs- und Schulungswesen, das nicht nur von Bundeswehrangehörigen genutzt wurde, und den Tarngesellschaften, die der Truppe u.a. bei Informationsbeschaffung und Inlandspropaganda unter die Arme griffen, bereits zuvor eine stetig wachsende Bedeutung zu.

Ein wichtiger Baustein der Arbeit der Studiengesellschaft für Zeitprobleme waren etwa Seminare, die von externen TrägerInnen, z.B. einem Dachverband von Studentenverbindungen, ausgerichtet und abgehalten wurden. Finanziert von der Studiengesellschaft behielt diese aber die Hoheit über ReferentInnen und Inhalte. Auf diesem Wege konnten ab 1972 weitere Zielgruppen innerhalb der Studierendenschaft mit geringem Arbeitsaufwand erschlossen werden. Neben dem Seminarwesen hielt die Studiengesellschaft für Zeitprobleme regelmäßig wissenschaftliche Symposien, Fachtagungen und Konferenzen ab, die in Kooperation mit weiteren TrägerInnen veranstaltet wurden. Mit ausgewählten namhaften WissenschaftlerInnen wurde dort über den Ost-West-Konflikt getagt und die Forschungsergebnisse von der Studiengesellschaft sowie durch Dritte veröffentlicht. Über Tagungsergebnisse hinaus war die Studiengesellschaft damit beschäftigt, verschiedenste Publikationen in die Öffentlichkeit zu bringen. Dabei handelte es sich um Broschüren, Schriftenreihen bzw. Aufsatzsammlungen und Monographien. Ein Teil wurde direkt von Mitgliedern der Studiengesellschaft und der PSK/PSV angefertigt. Zudem wurden externe WissenschaftlerInnen mit Arbeiten beauftragt und die Publikationsrechte an weiteren Schriftstücken aufgekauft. Der Vertrieb wurde dabei von der Studiengesellschaft selbst, aber z.B. auch über die Markus-Verlag GmbH<sup>21</sup> in Köln übernommen.

In den 1980er Jahren wurde die Zielgruppe von externen Seminaren auf SchülerInnen, LehrerInnen und Jugendverbände ausgeweitet. Als größte öffentliche Aktion der Studiengesellschaft für Zeitprobleme kann dabei ihr Auftritt auf der DIDACTA 1985, einer Messe für Lehrpersonal in Stuttgart, gesehen werden. Aber auch die Einführung von Seminaren speziell für Geschichts-, Politik- und GesellschaftskundelehrerInnen war ein großer Schritt bei der Erschließung von Schulen. Mit einem Umweg

über die Studiengesellschaft versuchte die Bundeswehr dabei die Erziehung von Jugendlichen zu treuen, wehrbereiten StaatsbürgerInnen selbst in die Hand zu nehmen. Diese Aufgabe wurde innerhalb der PSV, aber beispielsweise auch von Verteidigungsminister Helmut Schmidt als sträflich vernachlässigtes Aufgabefeld der Schule gesehen.<sup>22</sup>

Größte Zielgruppe nach der Öffnung der Studiengesellschaft in die Bereiche Schule und Jugend waren LehrerInnen der Politik und Sozialkunde. Mit Schriftenreihen wie „Demokratische Verantwortung“ oder „Beiträge zur politischen Bildung“<sup>23</sup> sollten LehrerInnen durch die bereits didaktisch für den Unterricht aufbereiteten Unterlagen unwissentlich zu MultiplikatorInnen der Wehrbereitschaft im Sinne der PSV gemacht werden, was teilweise auch gelang. Das Ausmaß dieser Beeinflussung wird klar, wenn man betrachtet, dass Mitte der 80er rund 100.000 Schriftstücke im Jahr von der Studiengesellschaft ausgeliefert wurden. Neben den Schriftstücken wurden ab 1979 auch Filme von der Studiengesellschaft in Auftrag gegeben, die vor allem die Argumente der Friedensbewegung diskreditierten und einseitig Werbung für den Wehrdienst machten. Die über Landes- und Kreisfilmstellen sowie Landeszentralen für politische Bildung vertriebenen Filme der Studiengesellschaft erreichten 1983 rund 44.000 Zuschauer in 1.634 Vorführungen, wobei nicht alle Verleihstellen Zahlen übermittelten. (Drews S. 311f)

Von 1961 bis 1989 konnte die Finanzierung und Steuerung der Studiengesellschaft aus dem Verteidigungsministerium vor der Öffentlichkeit verborgen werden. Für diese Geheimhaltung gab es mehrere Gründe. Erstens versprach man sich höhere Akzeptanz, so beschreibt eine Dienstvorschrift den Aufgabenbereich als *„Mitwirken beim Abbau negativer Einstellungen zur Verteidigungsbereitschaft und zu Einzelproblemen der Verteidigung bei solchen Zielgruppen, die mit Informationen wirksamer erreicht werden, wenn die Bundeswehr nicht in Erscheinung tritt.“* (ZDV 1/200, 1984, zitiert nach Drews S. 286). Zweitens konnte die Studiengesellschaft aufgrund der befürchteten Gegenpropaganda aus der DDR nicht offen agieren und drittens gab es ernsthafte Legitimationsprobleme für eine direkte Einflussnahme der Bundeswehr auf Erziehung und Meinungsbildung der Bevölkerung bei einem gleichzeitig propagierten Bild einer offenen und freiheitlich demokratischen Gesellschaft.

Knapp ein Jahr nach dem Umzug der PSV-Schule nach Waldbröl 1986 wurde die Einrichtung in Akademie der Bundeswehr für Psychologische Verteidigung umbenannt, was mit einem Aufstieg innerhalb der Bundeswehrehierarchie einherging. Im Rahmen dieser Umstrukturierung wurde auch die inhaltliche Ausrichtung der politischen Großwetterlage angepasst. In Zeiten von Glasnost und Perestroika stand nach Selbstdarstellung der Akademie nicht mehr die Psychologische Verteidigung mit einem klaren Feindbild im Osten im Vordergrund.<sup>24</sup> Vielmehr wurde die Strategie der „psychologischen Konsolidierung“ im Sinne einer Entschärfung von Spannungen, Aufnahme eines Dialogs, sowie die Nutzung der deutschen Sprache im Sinne einer Einigung und der Beförderung von „Ganzheitsdenken“ in der PSV-Akademie entwickelt und gelehrt. Die Gliederung der PSV-Akademie wurde im Gegensatz zur Vorgängerorganisation nicht mehr in einen militärischen und einen wissenschaftlichen Bereich geteilt, sondern in gemischten Bereichen organisiert. Der inhaltliche Schwerpunkt der Lehre und Forschung der Akademie wurde dabei mehr als je zuvor in Richtung Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit bzw. Wehrpropaganda innerhalb der BRD verschoben. Ein letzter verzweifelter Ansatz war die Erschließung neuer Zielgruppen, in diesem Fall der Frauen, mit dem Ziel, „Wachsamkeit an den Mann zu bringen.“ (Schimmeck S. 10)

## Ende oder Neuanfang? 1989 und 1990

Am 17. Januar 1989 strahlte der Westdeutsche Rundfunk die Fernsehsendung Monitor und eine Radiosendung auf West 3 mit dem Titel „Psychologische Verteidigung – Ein geheimer Staatsapparat in Waldbröl“ aus. Darin wurde die PSV-Akademie als „Bastion der Psychosoldaten“ bezeichnet und mit einem „psychologischen Laboratorium“ verglichen, sowie Parallelen zwischen PSV und NS-Propaganda gezogen. Die Offiziellen der Akademie wussten sich darauf nur mit halbherzigen Richtigstellungen, Pressemitteilungen und Programmbeschwerden gegen den WDR zu helfen. Der PSV-Wissenschaftler Buchbender ging sogar so weit, hinter der Berichterstattung eine Kampagne der Staatssicherheit der DDR zu wittern.

Mit dem Fall der Mauer am 9.11.1989 und der damit einhergehenden Auflösung der „eisernen“ Grenze zwischen DDR und BRD war die zuvor bereits vorhandene Skepsis der Bevölkerung und der Medien gegenüber der Bundeswehr im Allgemeinen und der Psychologischen Verteidigung im Speziellen auf einem Höhepunkt angelangt. In Reaktion auf den Monitor-Bericht wurde eine öffentliche Debatte geführt und darin die Aktivitäten der PSK/PSV, besonders die Inlandspropaganda und die Ausspähung, stark kritisiert. In einer kleinen Anfrage an die Bundesregierung (Bundestagsdrucksache 11/4360) von Dr. Alfred Mechttersheimer<sup>25</sup> und der Fraktion der Grünen wurden 1990 viele kritische Fragen zum PSK/PSV-Komplex gestellt, die aus dem Verteidigungsministerium ausweichend oder gar nicht beantwortet wurden und so kaum zur Aufklärung beitragen konnten. Einzig die Verschwiegenheit über ein fragwürdiges Kapitel der Geschichte der Bundeswehr wurde ein weiteres Mal demonstriert. Im Zuge der Heeresreform 2000 war bereits im September 1989 das PSV-Bataillon in Clausthal-Zellerfeld, eine der vormaligen Säulen der PSV, aufgelöst worden. Das PSV-Bataillon in Andernach, noch bis 1989 mit rund 400 Personen in Bereitschaft für den Einsatz, wurde im April 1990 durch Verteidigungsminister Stoltenberg außer Dienst gestellt.

Der steigende Druck der Öffentlichkeit veranlasste Stoltenberg dazu, die Psychologische Verteidigung der Bundeswehr und damit auch die PSV-Akademie zum Oktober 1990 komplett aus dem Repertoire der Bundeswehr zu streichen. Durch die bereits angesprochene Berichterstattung des WDR im Januar 1989 flog auch die Studiengesellschaft als Teil des PSV-Apparates auf. Im Zuge weiterer Recherchen diverser JournalistInnen wurde u.a. öffentlich, dass die Studiengesellschaft seit 1988 auch ein Forschungsprojekt an der Universität Münster zu „Glasnost und Perestroika“ unter Mitwirkung des PSV-Spitzenfunktionärs Ortwin Buchbender finanziert hatte.<sup>26</sup> Nach diesen und weiteren Enthüllungen wurden die Tätigkeiten der Studiengesellschaft für Zeitprobleme zum Jahresende 1990 eingestellt.

Nachdem die Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen in den Jahren 1963 bis 1990 insgesamt 2.064 Personen betreut hatte und die Zahl der Rückkehrer drastisch senken konnte, stellte die Gesellschaft ihre Arbeit 1990 im Zuge der Auflösung der PSV ein und wurde im Januar 1991 aus dem Vereinsregister gelöscht.

Während der Auflösung der Strukturen der PSV, getrieben von Opposition, Medien und Öffentlichkeit, wurde nach Angaben eines PSV-Insiders der Archivbestand des Führungsstabes der PSK/PSV im BMVg vernichtet. Diese Aussage deckt sich mit einer klaffenden Lücke zu den Stichworten PSK/PSV im Militärarchiv in Freiburg. (Moser 2007 S. 7ff)

Die starke Kritik zu Zeiten der Auflösung der Psychologischen Verteidigung hinderte die Bundeswehr aber nicht daran bereits 1990, im Jahr der Auflösung, neue Einheiten unter dem Namen Operative Information (OpInfo) und die Akademie der Bundes-

wehr für Information und Kommunikation (AIK) aufzubauen. OpInfo deckte dabei den operativen Teil der psychologischen Kriegsführung, sowie Schulungseinrichtungen für diesen Zweck ab und ist mittlerweile in Einsätzen in aller Welt aktiv. Die AIK übernahm den Teil der Forschung und Lehre zur Kommunikation mit der Zivilbevölkerung und prägt bis heute die strategische Kommunikation der Bundeswehr entscheidend mit.

Wie sehr der Geist der PSK/PSV in den Nachfolgeeinheiten weiterlebt, zeigt neben personellen Überschneidungen<sup>27</sup> eine Rede der damaligen Leiterin des Allensbach Instituts für Demoskopie Elisabeth Noelle-Neumann zur Eröffnung der AIK:

„Es geht nicht an, dass im Bereich der Verteidigung zwar höchste Anforderungen gestellt werden an militärische und ingenieurwissenschaftliche Grundlagen, Technik in Planung und Ausführung, dass aber die Sozialwissenschaften als ‚weiche Wissenschaften‘ denen überlassen werden, denen militärische Werte an sich ein Ärgernis sind, denen die konservativen Werte wie Disziplin, Gehorsam, Patriotismus, Nationalgefühl an sich ein Gräuelfeld sind, weil sie [...] in ihrer Lebensnotwendigkeit und Notwendigkeit zur Existenzsicherung nicht verstanden werden.“ (Noelle-Neumann)

## Fazit

Bis zum Grundlagenvertrag 1972 führte die Bundeswehr unter dem Namen Psychologische Kampfführung einen verdeckten heißen Propagandakrieg gegen die DDR und weitere Teile des Warschauer Paktes. Mit Postkarten, Briefen, Flyern und Zeitungen, Radio und Lautsprechern, aber auch mit Postzensur in Kooperation mit Geheimdiensten und Tarnorganisationen wurde die Propaganda der DDR bekämpft sowie die uniformierte und zivile Bevölkerung östlich der Grenze aggressiv beeinflusst. Nach 1972 wendete sich die mittlerweile in Psychologische Verteidigung umbenannte Abteilung der Bundeswehr stärker in Richtung ihrer „inneren Feinde.“ Oppositionelle wurden systematisch bespitzelt, um Informationen zu gewinnen, und mit offener und verdeckter Propaganda wurde versucht Zustimmung für die Außen- und Verteidigungspolitik der BRD herzustellen. Dabei wurde auch nicht vor der verdeckten Beeinflussung von LehrerInnen und mit ihnen der gesamten SchülerInnenschaft halt gemacht. Wenn es in den Kreisen der PSK/PSV für nötig erachtet wurde, wurde auch zu Mitteln der verdeckten Propaganda und Indoktrination, sowie der Bloßstellung und Einschüchterung von KritikerInnen und GegnerInnen gegriffen.

„Die Folgen waren nur, dass die Freiheit dabei draufging. Und wenn ich jetzt mal sage, das hat nichts mit der CDU zu tun, weil die SPD das ganz genauso gemacht hat, dann heißt das eigentlich: Die gesamte Bundesrepublik Deutschland hat es immer gemacht, genauso wie die DDR. Also was regen wir uns auf eigentlich?“ (Thomas Mielke)

Diese Einschätzung des ehemaligen PSK-Soldaten Thomas Mielke greift als politische Bewertung viel zu kurz. Sie macht aber deutlich, dass die Erinnerung an die DDR, die um den 25. Jahrestag des Mauerfalls wieder stärker ins Bewusstsein rückt, vor allem eine der auf Seiten der Sieger geschriebenen Geschichte ist, wenn eine kritische Bewertung der aggressiven Politik der BRD, sowohl gegen die „Feinde im Osten“ als auch gegen die „eigene Bevölkerung“ fast völlig ausgeblendet wird. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR ist nötig, kann aber nur im Kontext einer parallelen Aufarbeitung der Geschichte der BRD und deren Überschneidungen ernst genommen werden.

Ein klares Freund-Feind Schema in der Geschichtspolitik, die Aufrechterhaltung des immer noch nützlichen Antikommunismus und die Verdrängung unbequemer Ereignisse scheint für Politik und Medien ein willkommenes Motiv zu sein, um das



Bild des vereinigten, freien Deutschlands und der für die aktuellen Staatsziele mittlerweile in aller Welt kämpfenden Bundeswehr von Kratzern und Brüchen frei zu halten.

Die Aktivitäten der Bundeswehr im Bereich der psychologischen Kriegsführung und Forschung zur Einstellung der Bevölkerung als Grundlage für Propaganda und Beeinflussung haben nach 1990 keinen grundsätzlichen Bruch erlebt. Die Beeinflussung von militärischen GegnerInnen und der Bevölkerung in Einsatzgebieten sowie die Herstellung von Zustimmung für das Militär und seine Kriegseinsätze an der Heimatfront gehören zum festen Repertoire der Bundeswehr. In einem veränderten geostrategischen Umfeld und einer Verschiebung der Ideologie der AkteurInnen wurden die Bereiche der Psychologischen Kriegsführung getrennt. Das Zentrum Operative Information der Bundeswehr als Nachfolgeeinheit der PSV-Truppe organisiert die Psychologische Kriegsführung in den Einsatzgebieten, beispielsweise in Afghanistan, im Kosovo und im Kongo. Die Akademie für Information und Kommunikation der Bundeswehr, als Nachfolgeorganisation der PSV-Akademie, ist für die strategische Kommunikation der Bundeswehr und damit für die Herstellung von Ruhe an der Heimatfront zuständig. Sie bildet in bester Tradition – unterstützt durch die Forschung des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr<sup>28</sup> und weiterer KooperationspartnerInnen – Jugendoffiziere sowie weitere SoldatInnen, ReservistInnen und Zivilpersonen (darunter auch JournalistInnen) zu MultiplikatorInnen aus. Im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit schult die AIK Offiziere in entsprechenden Positionen und berät Führungsstäbe und das BMVg bei Außendarstellung und Propaganda.

Im Gegensatz zur vorherigen PSK/PSV werden die Mittel dieser Kommunikation, wie die Kooperationsvereinbarungen zwischen Kultusministerien der Länder und der Bundeswehr oder durch das BMVg finanzierte Stiftungsprofessuren an öffentlichen Universitäten, mittlerweile völlig offen betrieben. Die Beeinflussung der Bevölkerung durch die Armee scheint ihre Anruchigkeit zu verlieren.

Die Kontinuitäten von NS-Propaganda zur PSK, sowie der gesamte Bereich der Wirkung der Einsätze der PSK/PSV auf Individuen und Gesellschaft sind kaum bearbeitet und diskutiert. Kontinuitäten und Brüche der Psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr von 1956 bis in die Gegenwart sind ein Gebiet, in dem dringend weiterer Forschungsbedarf besteht, ebenso hinsichtlich möglicherweise weiterhin bestehender Institutionen und Aktivitäten in der Tradition der PSK/PSV, die verdeckt arbeiten.

### Abkürzungsverzeichnis:

AIK	Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BND	Bundesnachrichtendienst
DGfSB	Deutsche Gesellschaft für Sozialbeziehungen e.V.
OpInfo	Operative Information (der Bundeswehr)
PSK	Psychologische Kampfführung (der Bundeswehr)
PSR	Psychologische Rüstung
PSV	Psychologische Verteidigung (der Bundeswehr)
MAD	Militärischer Abschirmdienst
NVA	Nationale Volksarmee
VS	Bundesamt bzw. Landesamt für Verfassungsschutz
ZOI	Zentrum für Operative Information (der Bundeswehr)

### Anmerkungen

1 Weitere Ausführungen zu Wirkungsweisen des Antikommunismus und seinen Spielarten in Deutschland nach 1945 finden sich bei Körner und Creuzberger / Hoffmann.

- 2 Im Goebbels-Ministerium war Taubert für „Aktivpropaganda gegen die Juden“ zuständig. Seine spätere Position als Propagandachef im „Generalreferat Ostraum“ machte ihn für Ministerien und Geheimdienste nach 1945 attraktiv.
- 3 Für den Ernstfall war die PSK-Truppe bis 1972 mit einem Raketenwerfer ausgerüstet, der in der Lage war Flugblätter über kurze Distanzen zu verschießen und den Feind damit zu beeinflussen. Bezeichnenderweise waren diese „Flugblattkanonen“ die ersten Raketenwerfer im Arsenal der Bundeswehr.
- 4 Neben den Wetterballons wurden in den 60er Jahren auch Sportflugzeuge und Schwimmvorrichtungen als mögliche technische Lösungen getestet, aber nach kurzen Testphasen verworfen. (Drews S. 209-212)
- 5 Als Fachbereiche wurden Politikwissenschaften, Pädagogik, Psychologie, Soziologie, Werbewissenschaften und Slawistik ausgewählt.
- 6 Im technischen Bereich wurden Ausbildungen in den Sparten Layout, Grafik, Flugblattgestaltung und Druck, Studio- und Rundfunktechnik, sowie Lautsprecher-Technik abgehalten. Im Bereich Lageauswertung wurden Personen dazu ausgebildet, eine jeweilige Zielgruppe psychologisch zu analysieren und „Anfälligkeit“ und „Ansatzpunkte“ zu bestimmen, um diese in einem Auswertungsblatt aufzubereiten. PrintredakteurInnen sollten dazu befähigt werden, aus den Informationen der Auswertungsblätter kurze und prägnante Druckerzeugnisse zu erstellen. Ähnliches galt für HörfunkredakteurInnen, die Wort- und Musikbeiträge für Radiosendungen zusammenstellen können sollten. LautsprechersoldatInnen sollten Aufrufe texten und sprechen können, um Zielgruppen in Frieden und Ernstfall zu „lagebezogenem Verhalten anzuleiten“. Dabei sollten die Lautsprechereinheiten mit Kampftruppen, Pionieren, Militärpolizei und „zivilen Bedarfsträgern“ kooperieren. (Drews S.149 bis 156)
- 7 Aufgrund großer Nachfrage wurden die Seminare später auch für weitere (Reserve-)Offiziersgruppen mit direktem Kontakt zur Öffentlichkeit und für Feldjägeroffiziere angeboten. (Drews S. 147f)
- 8 Bedingungen für die Teilnahme an den Seminaren waren der Studienstatus und die deutsche Staatsangehörigkeit, sowie der vorherige Abschluss des Wehrdienstes. Bevorzugt wurden studierende Reserveoffiziere ausgewählt.
- 9 Die Streitkräfte und Geheimdienste der DDR arbeiteten propagandistisch auf diversen Ebenen gegen die BRD. So gab es einen Radiosender (Soldatensender 935), Flugblätter u. Zeitungen in Grenzzügen aus der DDR, Briefe an Soldaten und deren Ehefrauen (u.a. parfümierte Liebesbriefe, um Unruhe in die Familie zu bringen), Flugblattraketenwerfer und Propagandafeln im Grenzgebiet, Lautsprecherdurchsagen Richtung „Westen“, sowie Enthüllungen über höhere Bundeswehroffiziere. (Drews S. 222 und Schindelbeck S. 215)
- 10 Die häufigen Umbenennungen, Unterstellungswechsel und örtlichen Verlegungen der hier eingeführten Einheiten finden in dieser Arbeit nur Erwähnung, wenn sie zum Verständnis der Gesamtgeschehnisse beitragen. Weitere Informationen finden sich bei Drews unter: „Die PSK/PSV-Truppe – Anfänge, Truppenteile, Aufgaben, Personal und Material“. Eines blieb aber trotz aller Unterstellungswechsel über die Jahre unverändert: Die Befehle für Propagandaeinsätze kamen immer direkt aus dem Bundesverteidigungsministerium.
- 11 Der Ort Andernach in Rheinland-Pfalz spielt in der Geschichte der Bundeswehr eine besondere Rolle. So war Andernach der erste Stationierungsort des Heeres der Bundeswehr. Die PSK-Truppe zog 1962 in Andernach ein und war unter wechselnden Namen bis zur Auflösung 1990 dort stationiert. Anfang der Neunziger nahm die Nachfolgeeinheit der PSV namens „Operative Information“ ihre Arbeit in Andernach auf und war dort bis 2001 beheimatet. Der Betreuungssender der Bundeswehr für SoldatInnen im Auslandseinsatz, „Radio Andernach“, der noch aus der PSK/PSV Zeit stammt, sendet heute aus Mayen unter gleichem Namen Informations- und Unterhaltungsprogramm in die Einsatzgebiete in aller Welt.
- 12 Technische Details der Balloneinsätze finden sich bei Drews im Kapitel „Von der Auftragserteilung bis zur Verbringung mit Ballon und Flugblattrakete“.
- 13 Plakative Aufschriften waren beispielsweise „Neckermann macht’s möglich“ oder ein Aufruf zum „Großen Sprung“. (Schimmeck S. 5)

- 14 Schindelbeck berichtet von einem CDU-Flugblatt mit dem Titel „Die Welt weiß vom Unrecht in der Zone!“, das 1962 von der PSK-Truppe in die DDR versandt wurde und laut Antwortbriefen für einiges Aufsehen sorgte. (Schindelbeck S. 225f)
- 15 Mehr zu den Inhalten findet sich bei Drews im Kapitel „Flugschriften und weitere Druckerzeugnisse“ (Drews), sowie ausgewählte Originale im Anhang bei Drews, bei Roth und in den Aufsätzen von Schindelbeck und Bliembach im Sammelband „Propaganda in Deutschland“.
- 16 Die DDR-Dienstwege, z.B. der Befehl, feindliche Propagandaartikel aufzusammeln, stellten auf eine ganz eigene Art die Verbreitung sicher. So gibt es Berichte aus dem ländlichen Raum, die besagen, dass etwa 8-10 Personen ein Flugblatt in den Händen hielten und aller Wahrscheinlichkeit auch lasen, bis es vom Acker des Bauern zum lokalen Stasi-Offiziellen gelangt war. (Schindelbeck S. 224)
- 17 Laut Stern sendeten PSK-Einheiten 1968 in den Wochen des „Prager Frühling“ rund um das Eingreifen der Führung aus Moskau auf Wellenlängen abgeschalteter Sender der CSSR, was allerdings von offizieller Seite immer dementiert wurde.
- 18 „Grundlagenvertrag“ wird ein 1972 zwischen BRD und DDR ausgehandeltes Vertragswerk genannt, das im Zuge der „Neuen Ostpolitik“ unter Willy Brandt eine de facto Anerkennung der DDR als souveränen Staat zur Folge hatte.
- 19 Ein Vorteil war dabei die örtliche Nähe der PSV-Schule zur Fremdsprachenschule der Bundeswehr, die zu dieser Zeit beide in Euskirchen angesiedelt waren.
- 20 Die im Jahr 1990 gegründete Nachfolgeeinheit der PSV der Bundeswehr.
- 21 Die Markus-Verlag GmbH wurde Anfang der 1950er Jahre vom NS-Propagandisten Eberhard Taubert gegründet, dessen Wirken bereits im Abschnitt „Die Anfänge der Psychologischen Kriegsführung der Bundeswehr“ dargestellt wurde.
- 22 Der Leiter der PSV-Schule Klein sah beispielsweise die Rückendekung für die Bundeswehr an der Heimatfront als zentrale Aufgabe des Staates und damit auch der PSV. Als Negativbeispiel musste dafür der Vietnamkrieg herhalten, der seiner Meinung nach verloren ging, als die Gesellschaft der USA nicht mehr hinter der Armee stand. (Drews S. 135) Ein Augenmerk dieser Anschauung war dabei auf die Schulen gerichtet, die aber als unfähig angesehen wurden, die Verteidigungsbereitschaft der Jugendlichen herzustellen.
- 23 Nicht zu verwechseln mit der Publikationsreihe „Informationen zur Politischen Bildung“, die von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird.
- 24 Wichtig ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass abgesehen von der Anfangszeit unter Strauß, ein klares Feindbild der PSK/PSV immer verneint wurde. Diese Behauptung lässt sich allerdings leicht widerlegen, denn verwendete Sprache, Einstellung der AkteurInnen, KooperationspartnerInnen und vieles mehr sind von einer stark antikommunistischen Einstellung geprägt, die teilweise auch offen vertreten wurde.
- 25 Mechttersheimer war Mitglied im RCDS und Stipendiat der Adenauer-Stiftung, bevor er über Parteiverbindungen zur PSK-Truppe kam und dort zeitweise in der Lehre aktiv war. Nach der Beendigung seiner Soldatenkarriere wurde er Vordenker der westdeutschen Friedensbewegung und in dieser Position parteiloser Bundestagsabgeordneter für die Grünen. Nach 1990 wandte er sich dem „nationalen Pazifismus“ zu und war in den 1990er Jahren als Vordenker der extremen Rechten und Begründer der Deutschland-Bewegung aktiv.
- 26 Besonders brisant war diese Enthüllung, weil die Universität Münster nach Verhandlungen einen Satellitenzugang zu Rundfunksendern der UDSSR erhalten hatte, die gegen sämtliche Vereinbarungen somit auch der PSV in die Hände fielen.
- 27 Die militärische Führung von OpInfo und AIK bestand nach der offiziellen Auflösung und Neugründung zwar aus neuen Gesichtern, im Bereich der Forschung und Lehre tauchte allerdings u.a. Ortwin Buchbender, einer der Frontmänner der PSK/ PSV erneut als Dozent und Leiter der wissenschaftlichen Gruppe in der AIK auf. Weitere Persönlichkeiten, beispielsweise der Leiter der Zielgruppenanalyse der OpInfo (Stand 2006), Oberstleutnant Hartmut Dressler, wurden bis 1989 in PSV-Bataillonen ausgebildet.

Er war einer der rund 20% der neuen OpInfo-Truppe, die bereits als PSV-KämpferInnen gedient hatten.

- 28 Seit 2014 unter dem Namen Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr aktiv.

## Literaturverzeichnis

- Bald, Detlef (2005): Die Bundeswehr. Eine kritische Geschichte. 1955-2005. München: C.H. Beck
- Bliembach, Eva (1996): Worte als Waffe. Flugblattpropaganda im Kalten Krieg. In: Diesener, Gerald und Gries, Reiner (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Creuzberger, Stefan und Hoffmann, Dierk (Hrsg.) (2014): „Geistige Gefahr“ und „Immunisierung“, Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik. München: Oldenbourg
- Diesener, Gerald und Gries, Reiner (Hrsg.) (1996): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Drews, Dirk (2006): Die Psychologische Kampfführung/ Psychologische Verteidigung der Bundeswehr – eine erziehungswissenschaftliche und publizistikwissenschaftliche Untersuchung. Mainz: Johannes Gutenberg-Universität
- Körner, Klaus (2003): Die Rote Gefahr. Antikommunismus in der Bundesrepublik. Hamburg: Konkret Literatur
- Neumann, Nicolas (1971): Eine Affäre vorweg. In: Roth, Karl Heinz (Hrsg.): Invasionsziel: DDR. Psychologische Kampfführung. Vom Kalten Krieg zur neuen Ostpolitik. Hamburg: Konkret
- Noelle-Neumann, Elisabeth (1992): Öffentliche Meinung. Rede der Leiterin des Allensbacher Instituts zur Einführung in die Arbeit der Akademie am 8. Oktober 1990 in Waldbröl. In: Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation (Hrsg.): Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation. Waldbröl
- Roth, Karl Heinz (1971): Invasionsziel: DDR. Psychologische Kampfführung. Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik. Hamburg: Konkret Buchverlag
- Schindelbeck, Dirk (1996): Propaganda mit Gummiballons und Pappraketen. Deutsch-deutscher Flugblattkrieg nach dem Bau der Mauer. In: Diesener, Gerald und Gries, Reiner (Hrsg.): Propaganda in Deutschland. Zur Geschichte der politischen Massenbeeinflussung im 20. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- o.A. (1958): Psychologische Verteidigung. Rauch am Horizont. In: Der Spiegel 39/1958 Hamburg: Spiegel-Verlag
- o.A. (1966): Rundfunkbataillon. Mütterliche Wärme. In: Der Spiegel 7/1966 Hamburg: Spiegel-Verlag
- Schimmeck, Tom (1989): „Wir müssen an Mütter und Bräutern“. Tom Schimmeck's Archiv
- Moser, Thomas (2007): Entsorgte Geschichte – Die dunklen Kapitel der Bundeswehrabteilung für psychologische Kampfführung. Baden-Baden: SWR2 Wissen - Manuskriptdienst
- Gesteuerte Demokratie? (2006): Regie/Drehbuch: Hutchings, Steven, Deutschland: Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main. Fassung: Online, 62'14 Min